VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP] erscheint seit 1983 Nummer 159 September 2006 Preis: EUR 0,80 **Solidaritätspreis: EUR 2,00**

Österreich

Bericht vom Wahlkampf der WASG aus Berlin

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wird die WASG als eigenständige Kraft antreten. Grund dafür ist die Kürzungspolitik, die SPD und PDS in den letzten Jahren betrieben haben. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft

Wahlen & Gewerkschaft

Der BAWAG-Skandal verleiht der Frage, was für Gewerkschaften wir brauchen, neue Brisanz. Welche Schlüsse können GewerkschafterInnen außerdem aus den jüngsten Entwicklungen für die Wahlen ziehen? SEITE 3

Schwerpunkt

SLP: Liste gegen Kapitalismus und Rassismus

Die SLP wird in Wien als eigenständige, antikapitalistische Kraft am Stimmzettel stehen. Im aktuellen Schwerpunkt setzen wir uns u.a. mit den Slogans der anderen Parteien auseinander. SEITEN 4/5

Internationales

Internationales Treffen des CWI

Mitte des Sommers trafen sich mehr als 300 AktivistInnen aus den Sektionen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale, um aktuellen Probleme, Perspektiven und Lösungswege zu diskutieren. SEITE 7

Am 1. Oktober sind Nationalratswahlen. Die SLP steht in Wien auf dem Stimmzettel – als Partei, die für einen aktiven anti-kapitalistischen und anti-rassistischen Kampf steht.

Sozialistische LinksPartei aktiv gegen Kapitalismus & Rassismus!

Sonja Grusch, Spitzenkandidatin der "SLP – Liste gegen Kapitalismus und Rassismus"

Die SpitzenkandidatInnen der SLP: Sonja Grusch (Mitte), Michael Gehmacher (links), Jasmin Standhartinger (rechts)

In ganz Österreich – auch dort, wo wir nicht kandidieren – treten wir als Alternative zu den etablierten Parteien auf und wollen Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus organisieren. Denn die Schönfärberei der Herrschenden kann nicht darüber hinwegtäuschen: Arbeitslosigkeit, unsichere Jobs, Pflegenotstand, Privatisierungen, Kürzungen im Bildungswesen – all das bedeutet für viele von uns enorme Probleme.

Wer ist schuld an Arbeitslosigkeit? Warum gibt es einerseits Menschen, die permanent Überstunden machen müssen, während andere keinen bezahlten Job haben? Ist es ein Naturgesetz, dass es Armut und Reichtum gibt? Es ist nicht "normal" und auch nicht "notwendig", dass bei Bildung, Pensionen und Gesundheit gekürzt wird. Es ist pervers, dass in einem der reichsten Länder der Welt eine Million Menschen von Armut betroffen sind. Rund 60 Milliarden Euro sind in steuersparenden Stiftungen geparkt – am Geld mangelt es also nicht.

Ausbau des Sozialsystems – Arbeitszeit verkürzen

Die Debatte über den Pflegenotstand macht deutlich – es fehlt Geld im Sozialwesen. Wir alle kennen es (außer jene, die sich teure Privatversicherungen leisten können): ewige Wartezeiten in Ambulanzen und überfüllte Spitäler (gleichzeitig warten tausende JungärztInnen auf Jobs). Schulklassen mit über 30 Kindern, gestresste LehrerInnen und überfüllte Hörsäle (gleichzeitig arbeitslose LehrerInnen). Schikanen am Arbeitsamt, als ob Arbeitslose schuld daran wären, wenn es keine Jobs gibt. Unbetreute alte und kranke Menschen bzw. Frauen, die diese Pflege oft noch neben einem Job und unbezahlt leisten müssen. Wir meinen, dass nicht nur die Kürzungen der letzten Jahre zurückgenommen werden müssen, sondern der Sozialstaat ausgebaut werden muss. Wir treten für eine Verkürzung der Arbeitszeit ein. Die vorhandene Arbeit muss auf alle Menschen aufgeteilt werden. Dann hat jedeR einen Job und ein geregeltes Einkommen UND mehr Zeit für Familie und Freizeit.

1.100,- Euro netto Mindestlohn für Alle!

Heute sind die Einkommen oft zu niedrig zum Überleben. Immer mehr Menschen müssen ständig Überstunden machen oder einen zweiten Job annehmen, um ihr mageres Einkommen aufzufetten. Die Armut nimmt zu - aber Armut ist ja wohl keine erstrebenswerte Erfahrung! Vor allem, wo der Reichtum einiger weniger deutlich macht, dass es genug für Alle gäbe! 60.000 MillionärInnen besitzen über 300 Milliarden Euro – ein Großteil davon ererbt, nicht erarbeitet.

Die SLP fordert einen Mindestlohn von 1100.- netto für Alle. Die Gewinnentwicklung der letzten Jahre beweist, dass das Geld dafür vorhanden ist: Zwischen 1997 und 2005 sind die Gewinne doppelt so stark gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Dieser Mindestlohn muss für alle gelten: egal ob Frau oder Mann, egal ob In- oder AusländerIn. Denn wer profitiert davon, wenn ein Teil der Beschäftigten niedrigere Löhne bekommt? Rassistische und frauenfeindliche Politik versucht, diese Lohnunterschiede zu zementieren. Und damit die Lohnspirale weiter nach unten zu treiben. Der Rassismus von FPÖ (& BZÖ) führt also nicht dazu, dass ÖsterreicherInnen mehr Jobs und höhere Löhne haben, sondern im Gegenteil: indem MigrantInnen in die Illegalität gedrängt werden, werden sie leichter erpressbar, müssen zu billigeren Löhnen arbeiten und senken damit das gesamte Lohnniveau. ÖsterreicherInnen verlieren dann erst recht ihre Jobs bzw. müssen zu den gesenkten Löhnen arbeiten.

Rassismus und frauenfeindliche Politik nützt nur den Unternehmen – die FPÖ ist somit mindestens genauso eine UnternehmerInnenpartei wie die anderen etablierten Parteien.

Durchschnittslohn für FunktionärInnen

90% aller arbeitenden Menschen verdienen weniger als 2100.- netto. Hat ein Millionär Bartenstein wirklich die Kompetenz, Politik für die Millionen Nicht-MillionärInnen zu machen? Schüssel, Gusenbauer & Co. können nicht nachvollziehen, was es für eine Mindestpensionistin bedeutet, wenn die Pension nicht an die Inflation angepasst wird.

Die SLP ist der Meinung, dass PolitikerInnen nicht mehr verdienen dürfen, als die Menschen, die sie vertreten sollen. Wer ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche und PensionistInnen vertritt, sollte maximal 2100.- netto verdienen. Wir brauchen in Österreich eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche – und dort sollte niemand mehr verdienen. Das gilt auch für Gewerkschaftsfunktionär-Innen. Dass die Spitzeneinkommen der Gewerkschaftsbonzen zu völliger Abgehobenheit führen, zeigen die zahme Politik der letzten Jahre und der Bawag-Skandal.

SLP – Liste gegen Kapitalismus und Rassismus!

Am 1. Oktober gibt es genau eine Partei, die aktiv gegen die Logik des Kapitalismus – und die heißt kürzen bei uns um die Profite zu sichern – auftritt: die SLP. Wir wollen uns nicht mit dem kleineren Übel zufrieden geben. Wir wollen sichere Jobs für alle, ein Einkommen, von dem man Leben kann, eine Zukunft, vor der man sich nicht fürchten muss. Daher tritt die SLP bei diesen Wahlen an. Aber v.a. wollen wir mit unserer Kandidatur all jenen, die auch gegen Kapitalismus und Rassismus etwas tun wollen, ein Angebot machen: Aktiv werden mit der SLP!

Mehr Informationen auf www.slp.at & www.socialistworld.net

Der Standpunkt

Liebe Leserin, lieber Leser

von Sonja Grusch

Für die Wirtschaft sind Wahlen wie Weihnachten: Sie machen lange Wunschlisten. Und die verschiedenen Parteien setzen dann zumindest Teile davon nach den Wahlen um. Nach dem 1. Oktober kommt also einiges auf uns zu. Unternehmens-Vertreter Leitl fordert eine Verkürzung der Kündigungszeiten und Zwangsarbeit für Arbeitslose. Wifo-Wirtschaftsforscherin Bifl will Frauen noch stärker zu schlechtbezahlten Pflegekräften machen. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Parlamentsparteien. Doch wer wird wirklich die Interessen von all Jenen vertreten, die keine privilegierten SpitzenverdienerInnen sind? Keine der etablierten Parteien ist eine ArbeiterInnenpartei. Die SPÖ schon längst nicht mehr. Und die anderen waren es nie.

Bei den Nationalratswahlen sollte eine Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche antreten. Die Kandidatur der SLP ist ein Schritt in diese Richtung. Besser wäre es gewesen, wenn sich als Folge der ÖGB-Krise und der Ausgrenzung von GewerkschafterInnen durch die SPÖ eine breite neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche aus den Reihen der Gewerkschaft gebildet hätte. Die Notwendigkeit dafür gibt es.

Die Kandidatur der SLP kann diesen Raum für eine Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen, der durch die Verbürgerlichung der SPÖ entstanden ist, natürlich nicht ausfüllen. Wir können und werden aber mit unserem Antreten ein Zeichen setzen. Und ein Angebot zur Mitarbeit machen. Unsere Kandidatur ist zur Zeit zumindest ein, wenn nicht der einzige konkrete Ansatzpunkt für eine solche neue Partei. Aber auch in den Reihen der Gewerkschaft gibt es Diskussionen in diese Richtung. Diesen Diskussionen müssen konkrete Schritte folgen. Nicht sofort, aber nach einer Regierungsbildung und wenn die nächsten, noch härteren Angriffe kommen. Denn die Kämpfe gegen den totalen sozialen Kahlschlag und weiteres Lohndumping können nicht die Gewerkschaften alleine führen. Dafür braucht es auch eine politische Vertretung. Die SLP wird diesen Prozess unterstützen und versuchen, ihn aktiv mitzugestalten. Eine solche Partei muss demokratische Strukturen und eine kämpferische Politik haben. Und wir werden uns auch für ein sozialistisches Programm einsetzen. Jede Stimme für die "SLP-Liste gegen Kapitalismus und Rassismus" ist daher ein wichtiges Zeichen der Unterstützung auf diesem Weg. Es ist in diesem Sinne keine verlorene sondern eine gewonnene Stimme für eine echte Alternative.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; **Druck:** Druckerei Fiona, Wien; **Herstellungs- und Verlagsort:** Wien; **DVR:** 0820202 **Zulassungsnr:** 327808W97U **Abo-Zahlungen & Spenden:** PSK 8812.733

Warum wir am 1. Oktober zur Wahl antreten

Für eine sozialistische Alternative

von Philipp Fleischmann und John Evers, SLP Wien

Die ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung der letzten Jahre hat den bisher stärksten Sozialabbau betrieben. Es herrscht Rekordarbeitslosigkeit, das soziale Elend wächst – eine Million Menschen sind von Armut betroffen. Die nächsten "Reformen" (=Verschlechterungen) drohen bereits im Gesundheitsbereich und bei Arbeitslosen. Der Wunsch nach einem Wechsel hin zu einer anderen Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen ist daher groß.

SPÖ und Grüne bieten keine Alternative

Wo Sozialdemokratien und Grüne in Europa, aber auch in Österreich (Wien, Salzburg, Steiermark, Oberösterreich, Burgenland …) Regierungsverantwortung tragen, betreiben sie neoliberale Politik. Jüngstes Beispiel: Der Vorschlag der SPÖ-Landeshauptfrau Burgstaller nach einem "freiwilligen" sozialen Jahr für Frauen und Männer – also Arbeiten zum Hungerlohn und als Lohndrücker. Und während FPÖ und BZÖ unverhohlen "Ausländer raus" rufen, sind auch alle anderen etablierten Parteien bemüht den "Zuzug" noch schärfer zu begrenzen.

Was nötig wäre: Eine neue ArbeiterInnenpartei

Es gibt derzeit keine ArbeiterInnenpartei in Österreich. Durch eine Wahl für ein "kleineres Übel" verschiebt man den Aufbau einer Alternative nur auf morgen – und lässt das Übel derweil größer werden. In vielen europäischen Ländern, bildeten sich in letzter Zeit Projekte zum Aufbau von neuen ArbeiterInnenparteien heraus. Sie entwickeln sich vor allem aus Streik- und Protestbewegungen gegen konkrete Kürzungen, und führen zu einem Zusammenschluss von GewerkschafterInnen, Aktivisten der sozialen Bewegungen und bestehenden Organisationen, die den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei in Angriff nehmen. So etwas wäre auch in Österreich nötig. Nicht zuletzt die Krise des ÖGB bietet auch die Chance sich aus der Umklammerung einer neoliberalen SPÖ-Führung zu lösen, Gewerkschaften von unten demokratisch zu erneuern und gleichzeitig auch die Frage nach einer neuen politischen Vertretung für ArbeiterInnenklasse voranzutreiben.

Breite linke Kandidiatur gescheitert

Die SLP hat sich im Vorfeld dieser Wahl bemüht eine linke Kandidatur auf breiterer Grundlage zu initieren. Vor allem der KPÖ haben wir den Vorschlag gemacht, den gemeinsamen Versuch zu starten, "eine breite Liste von kommunistischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräften" auf die Beine zu stellen. Die KPÖ-Bundesführung hat das in der Praxis vollständig abgelehnt und uns "angeboten" auf ihrer Parteiliste zu kandidieren. Wir meinen: Weder die KPÖ noch die SLP sind "die" neue linke Partei mit breiter Unterstützung die einen derartigen Alleinvertretungsanspruch erheben könnte. Etwas anderes liegt der Fall lediglich in der Steiermark, wo die KPÖ ihre Politik wesentlich stärker auf Fragen welche ArbeitnehmerInnen und Jugendliche konkret betreffen (Wohnen, PolitikerInnenprivilegien ...) ausgerichtet hat und dafür deutlichen Zuspruch erfährt. Obwohl die KPÖ auch dort eher StellvertreterInnenpolitik für Betroffene macht, als mit ihnen gemeinsam aktiv zu werden ("Helfen statt reden"), rufen wir deshalb dazu auf, die steierische KPÖ zu wählen. In den anderen Bundesländern sehen wir demgegenüber kein Problem als einzige Partei die bereits heute für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft kämpft, anzutreten. Aufgrund der undemokratischen Hürden können wir diesmal allerdings nur in Wien antreten.

Die SpitzenkandidatInnen beim Einreichen der Unterstützungserklärungen

SLP - Die Partei gegen Kapitalismus und Rassismus

Die Hauptforderungen der SLP – Mindeslohn für Alle, Arbeitszeitverkürzung, ArbeiterInnenlohn für Funktionäre – werden sich sicher nicht in erster Linie durch das Antreten bei Wahlen durchsetzen lassen. Möglichst breite Mobilisierungen gegen Sozialabbau und Rassismus sind für uns zentral. Exemplarisch wollen wir das (gemeinsam mit anderen Kräften) in diesem Wahlkampf z.B. mit Mobilisierungen gegen die Hetze der FPÖ zeigen. Ebenso steht die Verwirklichung unserer Forderungen direkt im Gegensatz zu sogenannten neoliberalen "Sachzwängen", denen sich auch viele "Linksregierungen" in Europa immer wieder gebeugt haben. Wir glauben deshalb, dass letztlich nur eine Partei die diese Sachzwänge des kapitalistischen Systems an sich ablehnt und für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft eintritt, eine echte Alternative anbieten kann.

Linke Einheit nicht ohne linke Politik

Ein Wahlkampfbericht aus Berlin

von Sven Hilberth, Wahlkampfhelfer in Berlin

Die Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) ist aus dem Widerstand gegen die SPD-Grüne-Regierung (Hartz IV) entstanden. Sie tritt bei den Senatswahlen in Berlin am 17. September als eigenständige linke Alternative an. Diese Kandidatur war notwendig angesichts der Kürzungspolitik, die SPD und vor allem auch die PDS in der deutschen Hauptstadt in den letzten Jahren durchführte.

"Rot-Rote" Kürzungspolitik

In den Bundesländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stellt die PDS gemeinsam mit der SPD die Landesregierung. Die entscheidenden "Reformen" in Berlin seit Beginn dieser Koalition 2001 und ihre Konsequenzen:

- Lohnsenkungen im Öffentlichen Dienst durch "Absenkungs-Tarifvertrag" um bis zu 12 %
- 30 % der Berliner Kinder leben auf Sozialhilfeniveau
- Hunger und Unterernährung unter Jugendlichen nehmen zu
- Wirtschaft: Berliner Anteil am Deutschen Bruttoinlandsprodukt ging in den letzten 10 Jahren von 4.2 auf 3.6% zurück
- Reduktion des Budgets für die Jugend um 33 Mio. Euro

Wahlkampf in Berlin

- Zwangsübersiedelungen: Die bisher 120.000 privatisierten Wohnungen (hierfür ist ein PDS-Senator verantwortlich!) haben Tausende, v.a. auch Harz-4-EmpfängerInnen dazu gezwungen, sich aufgrund der erhöhten Wohnungspreise neue Wohnungen zu suchen.
- Im Oktober 2005 gab es bereits 32.431 sog. "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigungen", das sind ungeschützte, rechtlose Arbeitsplätze, die neben der Arbeitslosigkeit augeübt werden müssen und mit 1,50 Euro/Stunde dotiert sind. Dies führt auch zu Stellenabbau bei denen, die früher in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis diese Arbeiten erledigt haben.
- Subventionen für Behinderten-Fahrdienst wurden gekürzt.
- und Vieles mehr.

Die Bundesspitzen der WASG – wie z.B. Oskar Lafontaine – sehen die PDS-SPD-Regierung trotzdem als das kleinere Übel an und kämpfen mit der PDS im Wahlkampf gegen die eigene Partei! Mehr und mehr Menschen in dieser Stadt unterstützen aber, was die WASG-Spitzenkandidatin und SAV-Mitglied Lucy Redler treffend am Landesparteitag der WASG-Berlin beschrieb: "Die PDS hat so viele kleinere Übel angehäuft, dass es mittlerweile ein großer stinkender Haufen ist".

Der Wahlkampf

Die Hauptprobleme dieser Stadt bestimmen natürlich den Wahlkampf:

- So wird eine Kampagne gegen Wohnungsprivatisierung geführt. Dabei werden in tausenden betroffenen Wohnungen Unterschriften gesammelt und mit den MieterInnen wird darüber gesprochen Aktionen vor der Wohnbaugesellschaft, die privatisieren will, durchzuführen. Es wird versucht, ein Solikomitee oder sogar lokale MieterInnenkomitees aufzubauen, damit man sich gemeinsam mit den betroffenen MieterInnen wehren kann.
- In den zur Privatisierung ausstehenden Kinder-Tagesstädten wird gemeinsam mit den BetreuerInnen gekämpft.
- Für das von Schließung bedrohte Werk von BSH (Bosch-Siemens-Hausgeräte) wird ein Solikommitee gegründet, um gemeinsam mit den Beschäftigten für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen.

Konkrete Kampagnen, die weit über den Wahltag hinaus reichen stehen somit im Mittelpunkt der Aktivitäten – eine Basis auf der, selbst wenn es nicht für den Einzug in den Landtag reichen sollten (5 %-Hürde) Widerstand gegen Sozialabbau mit Sicherheit aufbauen kann.

Solche Gewerkschaften brauchen wir:

Kämpferisch und demokratisch!

von Gerhard Ziegler, SLP-Oberösterreich

Die soziale Lage in Österreich ist nach mehr als einem Jahrzehnt neoliberaler Politik nicht gerade rosig. Die tatsächlich geleisteten wöchentlichen Arbeitsstunden sind hierzulande die längsten in ganz Europa. Die ungeschützten (prekären) Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Die Anzahl der "Working Poor", das sind Leute, die trotz Arbeit zum Leben zuwenig haben, steigt. Die triste Lage bei den Löhnen hat jetzt selbst die Gewerkschaftsspitze erkannt. Das Lob, das der Leitende ÖGB-Sekretär Richard Leutner vom KP-Spitzenkandidaten Mirko Messner für seine Feststellung erhielt, dass die Arbeitenden "heute netto real nicht mehr in der Geldbörse (haben) als 1995", ist trotzdem fehl am Platz. Die Gewerkschaftsbürokratie ist es ja gerade, der wir mit ihrem sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurs diese Entwicklung mitzuverdanken haben.

Die SLP fordert seit Beginn der ÖGB-Krise, dass die Mitglieder entscheiden müssen.

Weiter Angriffe werden kommen

Trotzdem müssen wir mit weiteren Angriffen auf die arbeitende Bevölkerung rechnen, egal wie die Wahlen im Oktober ausgehen werden. Weitere Privatisierungen bei Post, Telekom und Bahn, bei der E-Wirtschaft und beim Wasser versprechen hohe Profite auf Kosten von Arbeitsplätzen und bei Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen sowie im Dienstleistungsangebot. Auch bei Bildung und Gesundheit drohen Verschlechterungen im Angebot, bei der Finanzierung und bei Arbeitsplätzen und Löhnen. Die UnternehmerInnen werden zwecks Erhöhung ihrer Profite bei den KV-Verhandlungen weiter auf Zurückhaltung bei den Löhnen und auf Flexibilisierung – sprich Ausweitung – der Arbeitszeiten drängen. Einen Vorgeschmack dazu bekamen wir bereits mit dem KV-Ergebnis in der Elektro- und Elektronikindustrie. Die gewerkschaftlichen Verhandler haben einer Ausweitung der Bandbreite zugestimmt, sodass jetzt tägliche Arbeitszeiten bis zu 10 Stunden möglich sind.

Kämpferische und demokratische Gewerkschaften sind notwendig

Darum müssen wir uns auf die Organisierung von Widerstand dagegen vorbereiten. Was wir also brauchen, sind solche neuen Gewerkschaften: sie müssen uns Arbeitenden eine Struktur geben um die auf uns zukommenden Angriffe abzuwehren. Und sie müssen für unsere Bedürfnisse nach sicheren Arbeitsplätzen und einem menschenwürdigen Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.

Wir sind keine Illusionisten, die meinen, der ÖGB (gemeint ist damit der Apparat) werde sich schlagartig um 180 Grad verändern. Die Gewerkschaftsspitze zeigt bisher – wie gehabt hinter verschlossenen Türen ohne Einbeziehung der Basis – keinen wirklichen Reformwillen. Alles soll bleiben wie es ist. Doch es ist etwas in Bewegung gekommen. Die Gewerkschaftsbürokratie hat zum Teil ihre Glaubwürdigkeit verloren und kann die Gewerkschaftsbasis nicht mehr so unter Kontrolle halten wie bisher. Selbst Teile des Apparats haben erkannt, dass Veränderungen notwendig sind, auch wenn ihre Vorschläge oft auf halbem Weg stehen bleiben. Die Rede ist hier z.B. von den Initiativen "Zeichen setzen" und "Zeichen setzen und mitreden". Die SLP beteiligt sich außerdem schon seit längerem an der "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" die für grundlegende Veränderungen eintritt.

In diesen Prozess können und müssen aktive, kämpferische GewerkschafterInnen eingreifen und aufzeigen, dass die Politik der Sozialpartnerschaft und die Abgehobenheit der Bürokratie eine wirksame Verteidigung bei den bevorstehenden Angriffen verhindert. Stattdessen ist die Orientierung auf Arbeitskämpfe unvermeidlich. Dazu sind mehrere Maßnahmen notwendig:

- Rund um ein Forderungsprogramm braucht es einen Zusammenschluss und die Vernetzung der kämpferischen GewerkschafterInnen über die Fraktionsgrenzen hinweg auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Ein solches Programm kann die folgenden Punkte umfassen: nach Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn, echte Reallohnerhöhungen und Mindestbeträge, stärkere Anhebung der Frauenentlohnung, Absicherung und Ausbau des Sozialstaats, Nein zu Privatisierung, gleiche soziale und demokratische Rechte für InländerInnen und MigrantInnen, für eine Gesellschaft, in der nicht die Profite einiger Weniger sondern die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung.
- Die KollegInnen in den Betrieben und gewerkschaftlichen Strukturen auf die bevorstehenden Angriffe vorbereiten und anhand konkreter – auch internationaler – Beispiele aufzeigen, wie Widerstand erfolgreich organisiert werden kann und dort, wo dies möglich ist, zusätzlich gewerkschaftliche Aktivgruppen aufbauen.
- Aktives Eingreifen bei bzw. Initiierung von Arbeitskämpfen und sonstigem gewerkschaftlichen und politischen Widerstand.

Kämpferische GewerkschafterInnen unterscheiden sich in ihrer Arbeitsweise von herkömmlichem Gewerkschaftertum, indem sie nicht "für" und "statt" der Kollegenschaft sondern "mit" diesen operieren. Das bedeutet Organisierung von Betriebs- bzw. gewerkschaftlichen Vollversammlungen und Urabstimmungen bei wichtigen Fragen.

In Wien und Oberösterreich (Linz) existieren bereits die solche Plattformen für kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Die nächsten notwendigen Schritte werden die Konsolidierung und Ausweitung auf weitere Bundesländer und eine österreichweite Konferenz gegen Ende des Jahres auch in Hinblick auf den ÖGB-Kongress im Jänner des nächsten Jahres sein.

Warum aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die SLP wählen sollten.

5 Gründe für die SLP

1 Auf der Liste der SLP kandidieren fast ausschließlich aktive Gewerkschaftsmitglieder. Auf dem zweiten Platz steht z.B. Michael Gehmacher, Behindertenbetreuer und langjähriger Betriebsrat, der – gemeinsam mit vielen anderen – konsequent Widerstand im Sozialbereich organisiert.

2 Die SLP bemüht sich ständig um die Zusammenführung kämpferischer Betriebsräte und AktivistInnen über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg (mit Ausnahme rechter Kräfte). Mit der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften haben wir schon lange vor der BAWAG-Krise eine Initiative für eine Opposition an der ÖGB-Basis gesetzt.

3 Die SLP lehnt die Orientierung am Modell der Sozialpartnerschaft grundsätzlich ab. Gewerkschaften sind unserer Meinung nach Kampforganisationen der ArbeitnehmerInnen und keine Staatsorgane. GewerkschaftsfunktionärInnen sollen wie ArbeiterInnen, nicht wie MinisterInnen bezahlt werden.

4 Die SLP ist der Meinung, dass die SPÖ durch ihren neoliberalen Kurs, ihre "Ehe" mit der Gewerkschaftsbewegung schon längst einseitig aufgelöst hat. Wir glauben aber, dass Gewerkschaftsinteressen auch politisch sind – und aktive GewerkschafterInnen deshalb auch eine politische Partei brauchen. Daher treten wir für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ein.

5 Die SLP ist der Meinung, dass die herrschende Politik, die Kürzungsmaßnahmen und Lohndumping immer wieder mit "Sachzwängen" rechtfertigt, in Wahrheit zeigt, dass die konsequente Umsetzung von gewerkschaftlichen Interessen im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht möglich ist. Deshalb stellen wir als Partei, die hier und jetzt für eine sozialistische Gesellschaft kämpft, die bessere Alternative für aktive GewerkschafterInnen.

Die SLP am 1. Mai

Ihr da oben, ...

Millionen für die Parlamentsparteien

Für den kommenden Nationalratswahlkampf geben SPÖ und ÖVP ihr Budget mit jeweils 7 Mio. Euro an; die Grünen rechnen mit 4 Mio., und BZÖ und FPÖ sprechen von ca. je 5 Mio. Euro. Bei solchen Summen fragt Mensch sich woher die Parteien – denen ja massenweise Schulden nachgesagt werden – das viele Geld hernehmen. Fast die Hälfte der Wahlkampfkosten, nämlich knapp 12 Millionen Euro, werden nach der Nationalratswahl an die im Parlament vertretenen Parteien ausbezahlt. Dies zusätzlich zu den ungefähr 150 Millionen Euro mit denen von Bund, Ländern und Gemeinden die in Parlament oder Landtag sitzenden Parteien finanziert werden. (Je nach Stimmenanteil von 50 Mio. für ÖVP und SPÖ bis 1 Mio. für die KPÖ in der Steiermark.) Das bedeutet also, dass wir ALLE – egal, ob wir zufrieden mit den Parteien sind; ob wir uns von ihnen vertreten fühlen – quasi einen "Zwangsmitgliedsbetrag" in Höhe von etwa 20 Euro pro Jahr bezahlen, plus 1,50 Euro bei jeder Wahl. Hinzu kommen Millionen die vor allem die ÖVP, aber auch das BZÖ durch Unternehmerverbände und potente Einzelspender erhalten. Alleine für Herrn Grassers Homepage sollen es ja mindestens 250.000 Euro von der Industriellenvereinigung gewesen sein …

Gewerkschaftsgelder für die SPÖ

"Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG), gehört zu den anonymen Großspendern der SPÖ. Das teilte das Büro von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures am Freitag auf APA-Anfrage mit." (SN, 1.4.2006) Wir fragen uns: Warum fließen hier Gewerkschaftsmitteln an eine Partei die, wo sie an der Macht ist, für Sozialabbau sorgt? Warum werden nicht – nach einem nachvollziehbaren Verfahren – nur KandidatInnen unterstützt die konsequent gewerkschaftliche Interessen vertreten?

4.000 Euro und viel Einsatz bei der SLP

Die SLP hat bei diesen Wahlen Kosten von ca. 4000 Euro veranschlagt (das sind gerade einmal 0,06 Prozent dessen was die ÖVP offiziell ausgeben kann, aber auch z.B. nicht einmal 3 Prozent der Summe welche der KPÖ zur Verfügung steht). Dieses Geld wollen wir unter jenen sammeln die es gut finden, dass mit der SLP eine konsequent sozialistische Kraft antritt. Bei uns gibt es aber auch keine bezahlten Wahlkampfhelfer, teuere und meist unnötige Geschenke – dafür aber das Angebot aktiv zu werden und mit uns einen Wahlkampf für sozialistische Ideen auf der Straße zu machen.

… wir hier unten!

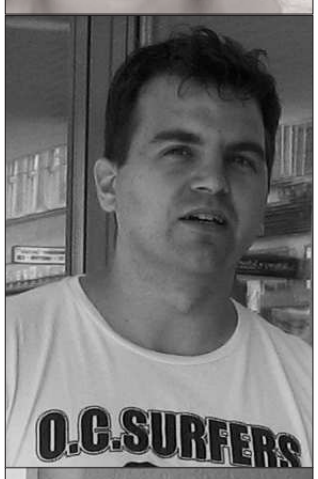
Teure Plakate, aber wenig dahinter

Die SpitzenkandidatInnen der SLP-Liste kommentieren Schüssel, Gusenbauer & Co.

"Österreich. Hier geht`s uns gut." Wolfgang Schüssel (ÖVP)

dazu meint SONJA GRUSCH, Bundessprecherin der SLP:

"Wenn die ÖVP plakatiert "Österreich. Hier geht`s uns gut" dann ist das zynische Schönfärberei. Einem sich hemdsärmelig gebenden Schüssel und seinen FreundInnen geht's gut – denn die Reichen werden immer reicher. Aber wie sieht die Situation für die Mehrheit der Menschen aus, die in Österreich leben?! Diese Regierung und die kapitalistische Politik nimmt Menschen ihre Würde: Wenn sich Arbeitslose am Arbeitsamt schikanieren lassen müssen, obwohl es keine Jobs gibt. Wenn ein Beschäftigter Lohnsenkungen, die er sich gar nicht leisten kann, akzeptieren muss, um einen ohnehin miesen Job zu behalten. Wenn ein alter Mensch nicht genug Geld hat, um im Winter zu heizen. Wenn eine Frau einen prügelnden Mann wieder in ihre Wohnung lassen muss, weil sie sich alleine die Miete nicht leisten kann. Wenn ein junger Mensch keine Ausbildung erhält und daher keine Zukunft hat. Wenn ein Flüchtling wie ein Verbrecher behandelt wird, weil er gehofft hat, hier ein Überleben für sich und seine Familie zu finden. Und wer sich über die Verschlechterungen im Sozialsystem und im Arbeitsleben beschwert, wird von Schüssel&Co. als ‚Raunzer' abgestempelt. Die Debatte um den Pflegenotstand zeigt, wie weit die Regierung von der Realität der NormalverdienerInnen entfernt ist. Die SpitzenverdienerInnen erklären uns, dass es uns ‚eh gut geht' oder dass wir halt den Gürtel enger schnallen müssen. Aber jeder Mensch hat das Recht auf einen Job, soziale Absicherung, eine Zukunft. Deswegen kandidiere ich für die SLP gegen Rassismus und gegen Kapitalismus."



"Neue Fairness braucht das Land" Alfred Gusenbauer (SPÖ)

dazu meint MICHAEL GEHMACHER, Betriebsrat:

"Tatsächlich gibt es viele Menschen die sich – zurecht- unfair behandelt fühlen. Da gibt es jene erwerbsarbeitslosen Menschen denen mit irgendeinem Vorwand das Arbeitslosengeld oder die Notstandhilfe gesperrt werden. Abgefertigt mit AMS-Bescheiden, die selbst für langjährige SozialarbeiterInnen ein kniffliges, grammatikalisches und juristisches Rätsel darstellen. Super unfair: Während die Betroffen in die Armutsfalle rutschen, bekommen Konzerne wie Billa im Sommer 100% Lohnsubvention ohne neue Arbeitsplätze schaffen zu müssen. Beispiele gibt es viele, bei ArbeiterInnen, StudentInnen, (legalen oder "illegalen") PflegerInnen, PensionistInnen usw. Kriegen diese Menschen "Fairness" von einem SP-Kanzler? Nein. Konkrete Ankündigungen wie "Wir werden die Pensionsreform zurück nehmen", oder Forderungen wie "Pflegegeld erhöhen"" fachgerechte Pflege durch die öffentliche Krankenversicherung" mit "guter ("fairer"!) Bezahlung für PflegerInnen – statt den jetzigen Hungerlöhnen" wird man auf SPÖ-Plakaten lange suchen. Das würde ja auch der realen SPÖ-Politik widersprechen. Die SLP macht mit ihren Forderungen nach der 30 -Stundenwoche bei vollem Lohn und einem Mindestlohn von 1.100,- netto für alle (egal ob In oder AusländerInnen) deutlich, wo sie steht: auf der Seite der Betroffen und nicht auf Seiten jener 60.000 MillionärInnen, die über 300 Miliarden Euro besitzen. Wir verzichten gerne darauf, inhaltslose Politik von teuren Werbegurus modern verpacken zu lassen. Wir kämpfen lieber mit betroffen Menschen für unsere Inhalte und wir laden alle zum Mitmachen ein."

"Ich wähle (nicht) Grün, weil ..." (die Grünen)

dazu meint JASMIN STANDHARTINGER, Angestellte:

"Früher wurden die Grünen oft als 'Linke Wahlalternative' gesehen. Aber 'Neoliberal, Kuschelkurs, Rechtsruck' sind Schlagwörter die heute eher auf das verwechselbare Programm der Grünen passen. Beispiel Oberösterreich wo sie seit 2003 in der Regierung sitzen: Überfüllte Klassen, gestrichene Förderstunden, arbeitslose junge LehrerInnen und das Bangen um eine Wiedereinstellung nach der Sommerpause im Herbst gehören nach wie vor zum Alltag. Lehrlinge sind im Wahlkampf der Grünen ohnehin kein Thema. Und nicht einmal die Abschaffung der Studiengebühren ist heute noch eine grüne Koalitionsbedingung. Auch in der MigrantInnenpolitk haben die Grünen ja schon längst bewiesen auf – künftigem – Regierungskurs zu sein. 'Wir werden ja nicht ausgerechnet dort, wo das Arbeitslosenrisiko am höchsten ist, Barrieren der Zuwanderung senken', so ein Kommentar Van der Bellens. Und der jüngste Vorschlag eines Systems für MigrantInnen, die im Internet schon einmal in einem Test Punkte für eine Aufenthaltsbewilligung sammeln können, zeigt, dass Grün längst keine Alternative mehr ist. Ihnen geht es vorrangig um Wirtschaftlichkeit und für mehr als 5.000 MigrantInnen sehen sie deshalb in Österreich keinen Bedarf. Eine Zahl mit der sich BZÖ und FPÖ auch anfreunden könnten … Die Grünen sind letztlich vor allem auch keine Partei, die in Opposition zum kapitalistischen System steht. Deshalb kandidiere ich für die SLP – Liste gegen Kapitalismus und Rassismus."

"Sozialstaat statt Zuwanderung" H.C. Strache (FPÖ)

dazu meint HERBERT WANKO, Arbeiter:

"Sozial ist aber rein gar nichts, was die Herren Strache, Mölzer, Stadler, usw. so von sich geben. Die Behauptungen, dass ohne MigrantInnen das Sozialsystem wieder funktionieren würde, ist schlichtweg eine Lüge. MigrantInnen zahlen genauso wie alle anderen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Steuern und Abgaben. Sie sind aber oft von Sozialabbau, Wohnungsnot und Armut besonders betroffen. Der Zweck der rassistischen Hetze ist vor allem eine Schwächung der ArbeiterInnenklasse, indem österreichische und nicht-österreichische ArbeiterInnen gegeneinander ausgespielt werden sollen, und somit der gemeinsame Kampf gegen die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse verhindert werden soll. Angriffe, die von der FPÖ in der Regierung in den letzten Jahren durchgeführt wurden, von der FPÖ als Oppositionspartei immer wieder gefordert wurden, und auch von der nächsten Regierung – in welcher Zusammensetzung auch immer – zu erwarten sind. Wir lassen uns aber nicht auseinanderdividieren und fordern anders als alle (!) etablierten Parteien, gleiche soziale Rechte für ALLE in Österreich lebenden Menschen. Nicht die Ärmsten der Armen – zu denen viele ausländische KollegInnen gehören – sind das Problem, sondern die Reichen und Superreichen, die auch dank FPÖ-Unterstützung in den letzten Jahren reichlich beschenkt wurden. Zudem muss ich sagen: Schon die Nationalsozialisten bezeichneten sich als sozial und gaben vor, im Interesse des 'kleinen Mannes' zu agieren, indem sie gegen angeblich Fremde und Andersartige hetzten. Auch bei der FPÖ hat sich dieser Wesenszug seit ihrer Spaltung noch verstärkt. Auf ihren Listen tummeln sich rechtsextreme Kräfte, die zumindest mit der Verharmlosung des NS-Regimes kein Problem haben. Die SLP ist eine wesentliche Kraft, die dagegen aktiv ist und versucht Strache & Co. so wenig Raum wie möglich zu lassen. Kein Platz für rechte Hassprediger!"

"Hans Peter Martin" Hans Peter Martin

dazu meint LAURA RAFETSEDER, Angestellte:

"Das Interesse für Hans Peter Martin ist zwar Ausdruck des Wunsches vieler Menschen nach einer Alternative – die PolitikerInnen aller etablierten Parteien agieren immer abgehobener und arbeiten in die eigene Tasche, die EU ist für die meisten eine Drohung, die soziale Situation wird immer schlimmer. Doch Hans Peter Martin hat keinerlei Lösung für die Probleme, die er anspricht. Er versucht auch nicht Widerstand auf der Straße und in den Betrieben zu organisieren – allein seine Position im EU-Parlament hätte er nutzen können um Arbeitskämpfe medienwirksam zu unterstützen. Seine Liste ist hauptsächlich ein Ein-Mann-Projekt und keine demokratische Kraft, in deren Rahmen Menschen gegen Privilegien, Sozialabbau und Rechtsruck aktiv werden können. Darum ist er auch keine Alternative. Nötig wäre eine Partei, die konsequent für die Interessen der ArbeitnehmerInnen eintritt und Widerstand gegen jegliche Form von Sozialabbau organisiert. Entstehen müsste eine solche Partei aus sozialen Bewegungen, sie bräuchte von Grund auf demokratische Strukturen – und sie bräuchte auf lange Sicht eine sozialistische Perspektive, um nicht vor der Sachzwanglogik des Kapitalismus zu kapitulieren. Die SLP würde beim Aufbau einer solchen Partei jederzeit aktiv mitwirken – HPM mit Sicherheit nicht."

"Mut gewinnt" (BZÖ)

dazu meint CLAUDIA SORGER, Angestellte :

"Mut gewinnt? Angesichts der Packelei um Ämter und Privilegien wie kürzlich beim ORF würde 'Frechheit siegt' wohl besser passen. 'Das Original' versucht, die FPÖ vor allem in der AusländerInnenfeindlichkeit zu überholen und fordert, dass der 'Ausländeranteil' um 30 Prozent gesenkt wird. Was 'Lust auf Heimat' bedeutet, zeigt Haider in 'Wir sind wir'-Kärnten vor. Dort werden in einer 'Ortstafelerneuerung' alle zweisprachigen Ortstafeln abmontiert und gegen einsprachige mit Zusatzschildchen ausgetauscht. Dazu gibt's beinharten Neoliberalismus – etwa wenn Westenthaler für mehr Wettbewerb unter den Pflegeleistenden eintritt, obwohl die KollegInnen dort jetzt schon lächerlich wenig bezahlt werden. Besonders zynisch ist es für mich auch, wenn das BZÖ Babygeld und Müttergeld als frauenpolitische Großtat anpreist – angesichts der Sparpolitik der Bundesregierung, die Frauen besonders hart getroffen hat."

"Geben statt nehmen" (KPÖ)

dazu meint JAN RYBAK, Zivildiener :

"Als aktiver Zivildienertvertreter ist es mir immer wichtig gewesen Schluss mit der Stellvertreterpolitik z.B. vom ÖGB zu machen und Betroffene zu mobilisieren und gemeinsam in die Offensive zu gehen. Diesen Ansatz vermisse ich bei der KPÖ, die mit passiven Slogans, die noch dazu aus der Bibel entlehnt zu sein scheinen, eigentlich keine Perspektive bietet, wie man Verschlechterungen wirklich bekämpfen und Sozialabbau verhindern kann. Die SLP versteht ihre Kandidatur in erster Linie als Möglichkeit ArbeitnehmerInnen und Jugendliche zum aktiven Widerstand, der nach der Wahl in jedem Fall bitter nötig sein wird, aufzurufen. Gleichzeitig versuchen wir diesen Wahlkampf, wie jede unserer Aktivitäten, mit einer klaren Perspektive zu verbinden. Nämlich, dass der Sturz des Kapitalismus nicht ein Wunschtraum ist, sondern Sozialismus heute mehr denn je einfach eine Notwendigkeit darstellt."

Armut in Österreich

Die etwas andere "Österreichbilanz"

von Jasmin Standhartinger, SLP-Wien

Kapitalismus bedeutet nicht nur für einen Großteil der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika einen täglichen Kampf ums Überleben. Auch in Europa und den USA ist Armut eine Massenerscheinung. Und trotz enormen Reichtums (60.000 Millionäre besitzen 300 Milliarden) ist die Alpenrepublik keine Ausnahme. 460.000 Menschen (6 % der Bevölkerung), davon 1/3 dauerhaft, sind in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Noch einmal so viele gelten zumindest als armutsgefährdet – Tendenz steigend. Armut heißt hier konkret keine neue Kleidung, kein Urlaub oder kein Verlängerter im Café.

Wer sind die Armen? Der Bekannte der keine Arbeit bekommt, weil er zu alt, zu jung oder bloß zur falschen Zeit arbeitslos ist. Die Freundin, die 50 Stunden/Woche "frei" arbeitet, 10 Stunden davon unbezahlt zu einem Lohn, der gerade noch Fixkosten übersteigt … Armut hat also nichts mit Faulheit zu tun. Sie kann alle ohne großes Vermögen treffen, die keinen sicheren Vollzeitjob finden oder ausüben können.

Geld ist genug da - aber es ist extrem ungleich verteilt

Z.B. Frauen

250.000 Frauen sind von Armut betroffen. Die Gründe liegen auf der Hand: Über 40% sind in A-typischen Beschäftigungen (Teilzeit, Freie Dienstnehmerin,...) oder in Niedriglohnbranchen tätig. In weiterer Folge führt dies bei Jobverlust zu einer geringeren Arbeitslosenentschädigung und später zu einer niedrigeren Pension. Zusätzlich zu dieser Einkommensschere beträgt selbst bei gleichwertiger Arbeit der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen 21 %!

Z.B. Arbeitslose

Seit vier Jahren steigen die Zahlen jener, die arbeitslos sind konstant (ca. 200.000). Zusätzlich waren z.B. im Mai bereits 62.626 (+ 21,4 %) in Schulungen "versteckt". Und nicht zu vergessen all jene, die nicht arbeitslos gemeldet, nicht bezugsberechtigt oder bezugsgesperrt (nach neuem Gesetz + 6,4 %) sind. Neben dieser drastischen Verschlechterung wurde von der Regierung der durchschnittliche Lohnersatz, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, von 2000 – 2004 um 3,6 % gesenkt. Selbst im Vergleich zu anderen Industriestaaten, befindet sich die Höhe der Arbeitslosenleistungen damit im unteren Drittel. Genau so wird Armut erzeugt!

Österreich ist ein reiches Land, eines der reichsten der Erde, aber …

… Österreich ist auch ein kapitalistisches Land. Alleine 1997 – 2005 sind in Österreich die Gewinne doppelt so stark wie Löhne und Gehälter gestiegen. 10% der Bevölkerung besitzen 70% des Gesamtvermögens, alleine Manager-Gehälter sind im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 % gestiegen (die Reallöhne höchstens um 1%). "Wir" müssen demgegenüber mit einem Durchschnittslohn von 950 Euro im Monat auskommen. Über diese Fakten sprechen Schüssel und Co. aber nicht, denn sie vertreten jene die von den herrschenden Zuständen und der bestehenden Umverteilung profitieren. Wir bekämpfen demgegenüber das System, das diese ungeheuren Ungleichheiten hervorbringt. Demokratie und Gleichberechtigung... solche und ähnliche Begriffe sind völlig sinnentleert wenn sie nicht die soziale Frage, bzw. jene nach den Besitzverhältnissen ins Zentrum stellen. Ein ordentliches Einkommen für Alle, Wohnen, Bildung (...) sind Menschenrechte, Demokratie ohne die Frage der demokratischen Kontrolle und Verwaltung (auch) in der Wirtschaft eine Illusion.

Sozialistische Ideen haben immer wieder Millionen von Menschen angesprochen. Wir meinen zu recht, denn Sozialismus ist die echte Alternative zur bestehenden kapitalistischen Ordnung

Sozialismus – so wie wir ihn verstehen

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Sozialismus ist ein Begriff, der mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen behaftet ist. Einst nannte sich die SPÖ sozialistisch, ebenso wie die Sowjetunion. Tatsächlich war weder die Kreisky-SPÖ der 70er Jahre, noch die UdSSR sozialistisch. Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Mensch, in der der Kapitalismus gänzlich überwunden ist. Eine Gesellschaft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich frei zu entfalten und sein gesamtes Potenzial auszuleben. Eine solche Gesellschaft hat weder die Nachkriegs-SPÖ jemals ernsthaft gewollt, noch existierte sie jenseits des "Eisernen Vorhangs".

Öffentliches Eigentum, Planwirtschaft und Demokratie

Zwar kann heute niemand ein detailliertes Bild einer sozialistischen Gesellschaft zeichnen. Aber wir können – nicht zuletzt wegen der Erfahrungen, welche die sozialistische Bewegung in den letzten 100 Jahren machen musste – doch einige Fixpunkte aus unserer Sicht skizzieren. Im Sozialismus müssen die Menschen selbst entscheiden können, was und wie produziert wird, und sie müssen Planung und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch demokratisch gewählte Organe selbst in der Hand haben. Eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von den ArbeitnehmerInnen durch Komitees in den Betrieben, der Nachbarschaft etc. kontrolliert wird, würde sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten und nicht nach den Profiten einer Minderheit. Kontrolliert werden kann aber nur, was einem auch tatsächlich gehört – und daher ist eine zentrale Bedingung dafür die Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum. FunktionäreInnen dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn verdienen und müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein. Und vor allem müsste der Kapitalismus international, und nicht nur in einem Teil der Welt, abgeschafft sein.

"Das ist schon so oft probiert worden und hat nie funktioniert"?

Tatsächlich ist in den ehemaligen "Ostblockstaaten" nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus bzw. die Idee von "Sozialismus in einem Land". Unserer Ansicht nach war kein Land der Welt bisher sozialistisch. Sowohl in der Sowjetunion als auch den anderen angeblich sozialistischen Staaten war zwar die Wirtschaft geplant – allerdings wurden Wirtschaft und Gesellschaft völlig undemokratisch von einer abgehobenen Schicht privilegierter BürokratInnen gelenkt. Bereits vor der Wiedereinführung des Kapitalismus hat diese Bürokratie viele Errungenschaften, die durch die Oktoberrevolution 1917 erstmals durchgesetzt wurden (ArbeiterInnendemokratie, Emanzipation, große Einkommensgleicheit) wieder rückgängig gemacht. Der Stalinismus war nicht die logische Fortsetzung dieser Revolution, bzw. sozialistischer Ideen und Bestrebungen, sondern das Gegenteil davon.

Was können SozialistInnen aus der Entwicklung in Osteuropa lernen?

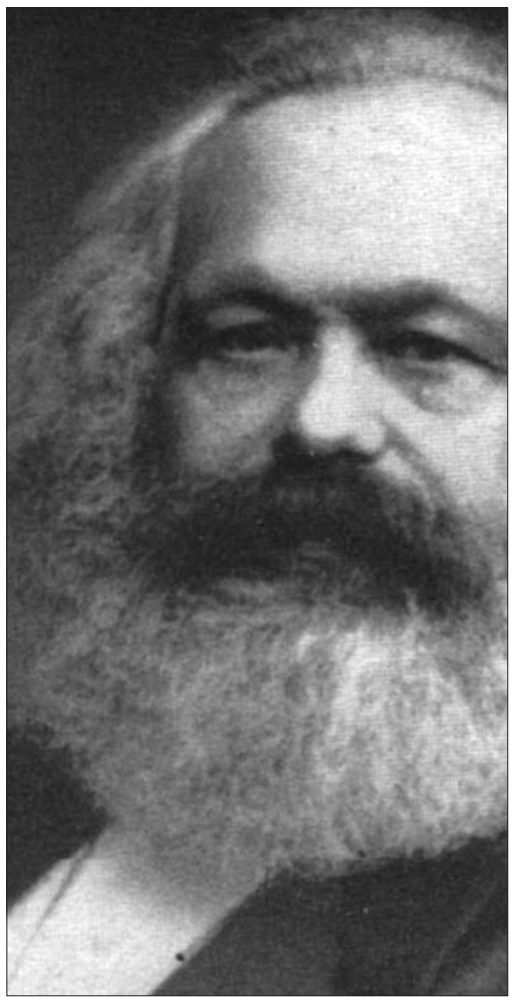
Sozialismus ist in einem Land allein nicht möglich. Der Kapitalismus hat durch die weltweite Arbeitsteilung einen Weltmarkt geschaffen. Die Bolschewiki hatten deshalb z.B. von Beginn an die Perspektive, dass ihre Revolution nur Bestand haben könnte, wenn sie sich international ausweitet. Angesichts der komplexen Verflechtungen der Weltwirtschaft gilt dieser Punkt, dass Sozialismus nur international funktionieren kann, heute mehr denn je. Der zweite Aspekt ist sicher, dass eine moderne Planwirtschaft Demokratie wie Luft zum Atmen braucht. Ohne die ständige Miteinbeziehung und Kontrolle jener, welche produzieren und konsumieren, muss es es zu Miss- und Mangelwirtschaft wie in Osteuropa kommen – ohne deshalb zu vergessen welche Miss- und Mangelwirtschaft der real existierende Kapitalismus heute gerade in dieser Region bedeutet.

Kann Sozialismus funktionieren?

Die Entwicklung Richtung Sozialismus wird nicht völlig geradlinig und problemlos ablaufen. Aber die Voraussetzungen für die Errichtung einer wirklich sozialistischen Gesellschaft sind heute wesentlich besser. Es gibt die Erfahrungen mit den gescheiterten Versuchen der Sozialdemokratie aber auch dem Stalinismus, die Gesellschaft durch kleine Reformen und/oder von oben zu verändern. Das allgemeine Bildungsniveau ist wesentlich höher. Und gleichzeitig haben Bewegungen heute einen sehr stark internationalen Charakter (antikapitalistische Bewegung, Anti-Kriegs-Bewegung). Die Debatten über die "Globalisierung", der man angeblich hilflos ausgeliefert ist, hat bei vielen ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen auch das Bewusstsein geschaffen, dass Alternativen zum bestehenden System letztlich auch nur im internationalen Rahmen durchsetzbar sind.

Und wozu eigentlich?

Rosa Luxemburgs Aussage "Sozialismus oder Barbarei" ist heute wahrer denn je – Kriege, ethnische Konflikte, Umweltzerstörung, aber auch die Tatsache, dass ein großer Teil der Menschheit unter der Armutsgrenze lebt, sind Ausdruck für die Tiefe der Krise des Kapitalismus. Die Polarisierung von Armut und Reichtum, von Bedarf nach elementaren Gütern des täglichen Lebens in vielen Teilen der Welt und Verschwendung von Ressourcen (Butterberge, Rüstung …) hat gigantische Ausmaße erreicht. Gleichzeitig wäre in einer sozialistischen Gesellschaft ein enormer technischer und gesellschaftlicher Fortschritt möglich, da die Kreativität und Fähigkeiten der ArbeiterInnenklasse, die jetzt brach liegen, eingebunden würden. Eine sozialistische Alternative ist aber allein schon nötig, um zu verhindern, dass Regierungen und Unternehmen in ihren Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse erfolgreich sind. Der Zusammenbruch des Stalinismus hat die Arbeiter-Innenklasse entscheidend geschwächt. Weil der Kapitalismus nun als einzig mögliches System galt, hatte die ArbeiterInnenbewegung den neoliberalen Angriffen des Kapitals zumindest ideologisch wenig entgegenzusetzen. Inzwischen hat, im Zusammenhang mit zahlreichen Bewegungen weltweit, die Suche nach der ideologischen "Wiederbewaffnung" voll eingesetzt. Als SozialistInnen bieten wir hier unsere Ideen an, weil wir glauben, dass man die bestehende Welt nicht nur kritisieren sollte, sondern auch Alternativen braucht, um der Logik der "Sachzwänge" entgegen zu treten.



6 Jahre SchwarzBlauOrange "Reformpolitik"

Eine Schreckensbilanz für Jugendliche

von Margarita Döller, SLP-Wien und Tischlereilehrling

In einem Monat wird die amtierende Bundesregierung vermutlich einer neuen Konstellation Platz machen müssen. Wie diese aussehen wird, steht noch in den Sternen. Ein guter Zeitpunkt also, um Bilanz zu ziehen und klar zu stellen, was 6 Jahre ÖVP/FPÖ/BZÖ an der Macht für Jugendliche und ArbeitnehmerInnen in Österreich bedeutet haben.

Schulen ohne Geld

Die Kürzungspolitik von Bildungsministerin Gehrer führte dazu, dass die Schulbudgets kleiner und die Anzahl der SchülerInnen in den Klassen größer wurden. Unter dem Schlagwort "Schulautonomie stärken" verbarg sich das Zurückziehen des Bundes aus der Finanzierung der öffentlichen Schulen. Gymnasien, Hauptschulen etc. treten nun in Konkurrenz zueinander. Wer kann die lukrativeren Werbeverträge an Land ziehen, um so den SchülerInnen ein besseres Angebot machen zu können etc.? Es gibt bereits eklatante Unterschiede an den Schulen was das Angebot an Schulausflügen (Sportwochen, Skikurse etc.) betrifft.

Außerdem werden immer mehr LehrerInnen eingespart und die Chance, als JunglehrerIn einen Platz zu bekommen, geht gegen Null. Sie bekommen nur befristete Verträge und müssen sich unter Umständen jedes Jahr eine neue Schule suchen. Die verbleibenden LehrerInnen sind völlig überfordert und gestresst und lassen das oft an den SchülerInnen aus, die ebenfalls einem enormen Druck ausgesetzt sind. Kein Wunder, dass Österreich nicht unbedingt gut bei der PISA-Studie abgeschnitten hat.

Wenn 36 Jugendliche in einem Klassenzimmer sitzen, dann bleibt meist nur Frontalunterricht über; und dass dieser das Lernverhalten von Kindern nicht unbedingt fördert, weiß sogar Bundesministerin Gehrer.

Lehrstellenmangel – keine Besserung in Sicht

32.580 Jugendliche waren Ende Juli 2006 beim AMS als arbeitssuchend gemeldet. Zehntausende mehr waren nicht gemeldet oder wurden in Schulungsmaßnahmen oder befristeten Lehrgängen versteckt. 10.642 suchen eine Lehrstelle - Die Anzahl der (sofort verfügbaren) gemeldeten offenen Lehrstellen betrug Ende Juli 2.632. Man muss kein Mathe-Genie sein um zu sehen, dass sich das nicht ausgeht. Die Maßnahmen der Regierung, um der Entwicklung etwas entgegenzusetzen, bestanden aus Unternehmergeschenken und Skurrilitäten. Eine war zum Beispiel die Einführung einer Förderung für Unternehmen, die Lehrstellen schaffen (das will die angebliche "Sozialpartei" FPÖ übrigens auch). Geld, das besser in überbetriebliche Werkstätten investiert werden sollte, landete so wieder einmal bei den Falschen. Eine andere Maßnahme war die Einführung neuer Lehrberufe beim Bund. Als Verwaltungsassistentin kannst du zum Beispiel in einem Ministerium die Aufgaben einer Sekretärin erlernen. Die Chance jedoch, dass du dort nach dem Ende deiner Lehrzeit bleiben kannst, ist gering. Die "Reformen" der Regierung in diesem Bereich versuchen somit nicht einmal ansatzweise, die Wurzel des Problems anzukratzen.

Chaos an den Unis

Die Einführung der Studiengebühren war eine der ersten Amtshandlungen der damaligen ÖVP/FPÖ Regierung. Dem nicht genug folgte eine Universitätsreform nach der anderen. Die Situation an den Unis ist eine Zumutung für junge Menschen, die etwas lernen wollen. Überfüllte Hörsäle, immer teurer werdende Studienbücher und zu wenig ProfessorInnen, die keine Zeit für die SudentInnen haben. Das sind die Folgen der glorreichen Bildungspolitik der Bundesregierung. Auch hier galt das Schlagwort mehr Autonomie für die Universitäten, was bedeutete, sie ihrem Schicksal selbst zu überlassen. Der Staat entzieht sich seiner Verantwortung und die Unis müssen jetzt selbst schauen, wie sie zu Geld kommen. Darüber hinaus mussten auch die Lehrenden an den Unis weitreichende Kürzungen einstecken, zum Beispiel ihre Gehälter betreffend.

Der jüngste Angriff der Regierung auf den freien Bildungszugang ist die Einführung von Zugangsbeschränkungen an der Uni in verschiedenen Studienrichtungen. Sie sollen eine Vorauswahl treffen und die Anzahl an Studierenden gering halten. Einerseits gibt es den Numerus Clausus (bestimmter Notendurchschnitt wird verlangt) und andererseits Knock-Out-Prüfungen am Beginn den Studiums. Als Vorwand für die "Reform" wurde die Angst vor der Überschwemmung der Universitäten durch ausländische StudentInnen gefunden. Was die Regierung wirklich will, ist eine Elitenbildung. Außerdem soll die Ausbildung von Jugendlichen auch im Sinne der Wirtschaft erfolgen. Studienrichtungen, die die Wirtschaft nicht braucht, sollen abgeschafft werden.

Aktiv werden mit uns!

Kurz zusammengefasst: Im Bereich Jugendpolitik hat diese Regierung völlig versagt, bzw. ihre soziale Ignoranz und Arroganz auf die Spitze getrieben. Was Jugendliche wollen, ist eigentlich gar nicht so viel: Es sind Dinge wie kostenlose Ausbildung oder genügend Freizeitmöglichkeiten, mitreden und gestalten. Die SLP richtet ihre Politik und Aktivitäten an diesen Interessen von Jugendlichen aus. Unsere Forderungen reichen vom Widerstand und Abschaffung gegen/der Studiengebühren über 1.100,- Mindestlohn bis zum Wahlrecht ab 15 für alle, die hier leben. Check it out!

SLP schneller als Hans-Peter Martin

Tolle Unterstützung für unsere Kandidatur

von Martin Ramberger, SLP-NÖ

Am 31.7. konnte sich die SLP in die erste Phase des Wahlkampfes hineinstürzen, nämlich in das Unterstützungserklärungssammeln. Die Regierung hat offensichtlich Angst vor Konkurrenz und hat die Zeit, in der man die Unterstützungserklärungen sammeln kann, um eine Woche gekürzt. Diesmal war außerdem kein Wochenende und kein Tag, wo man bis 20 Uhr unterschreiben konnte, dabei. Es wurde durch diese Verkürzung vor allem Arbeitnehmer-Innen schwer gemacht, uns zu unterstützen.

Schockierende Hürden

Diese undemokratische Hürde hat aber auch viele PassantenInnen schockiert, die gerade deswegen unterschrieben haben. Auch Linke von anderen Parteien und Organisationen haben aus verschiedenen Motiven eine Unterstützungserklärung abgegeben. Für viele Menschen auf der Straße und aus unserem Umfeld war aber auch das "gegen Kapitalismus" ein Grund zu unterschreiben. Nicht zuletzt haben die Aktivitäten aller Mitglieder dazu beigetragen, die 500 erforderten Unterschriften zu "erarbeiten" und so konnte die SLP am 21.9 die Kandidatur für den Nationalrat einreichen.

"Endlich eine g'scheite Partei"

Unsere UnterstützerInnen sind vor allem Jugendliche, ArbeiterInnen und PensionistInnen. Auffällig war ebenfalls, dass vor allem Menschen aus jenen Bereichen, Betrieben und Schulen, in denen wir in der letzten Zeit aktiv waren, für uns unterschrieben haben. Mit der eingereichten Kandidatur beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes. Denn wir werden in unserem Wahlkampf bei vielen Protestkundgebungen gegen den Rassismus und den Kapitalismus der etablierten Parteien auftreten. Wir bieten Jugendlichen, ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen an, mit uns politisch aktiv zu werden. Markus Klostermann, 19, aus Radstadt hat das bereits getan: "Am Land gibt es nur die etablierten Parteien, die mich immer bei politischen Aktivitäten gebremst oder davor abgeschreckt haben. Beim Zivi-Protest im Rahmen der 1. Mai Kundgebungen in Salzburg wurde mir bewusst gemacht, dass das Wort Partei nicht grundsätzlich für etwas Schlechtes und 'Böses' stehen muss. Da ich jetzt eine Partei gefunden habe, von der ich mich vertreten fühle bin ich nach 19 Jahren politischem Desinteresse endlich aktiv geworden."

Also wenn auch Ihnen/Dir unsere Ideen, Broschüren und Zeitung gefällt, werde/n Sie aktiv mit uns.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,– pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

jeden Montag
um 17.30 Uhr: SLP-Jugendtreffen
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

jeden Mittwoch
um 18 Uhr: die SLP kennenlernen
um 19 Uhr: das Wahlkampftreffen der SLP
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

Kampagne gegen Strache & Rassismus

jeden Montag um 18.30 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:
Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.
Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at

Die Website der Sozialistischen LinksPartei – seit Mai 2005 in neuem Gewand, mit mehr und aktuellerem Inhalt. ***Jetzt besuchen!***

Über 300 AktivistInnen aus Europa sowie Nigeria, Brasilien, Venezuela, den USA und Israel trafen sich, um aktuelle Problemlagen und Lösungsansätze für die vollends ins Schleudern geratene kapitalistische Weltordnung zu diskutieren.

Weltweit die beste Wahl: CWI

von Franz Breier jun., SLP-Wien

Die SLP ist Teil des "Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale" (CWI), das in 40 Ländern auf allen Kontinenten aktiv ist. In der ersten Augustwoche fand die jährliche internationale Schulungswoche des CWI in Gent, Belgien, statt. Über 300 AktivistInnen aus Europa (sieben aus Österreich) sowie Nigeria, Brasilien, Venezuela, den USA und Israel nahmen teil. Schwerpunkte der Diskussionen waren die vollends ins Schleudern geratene kapitalistische Weltordnung (Irak-Besatzung, Libanon-Krieg), die Krisenanfälligkeit der globalen Wirtschaft, die sozialen Proteste in Europa sowie Entwicklungen in Lateinamerika.

Imperialismus bringt Chaos

Weder die angeblichen noch die wirklichen Kriegsziele des US-Imperialismus wurden in Afghanistan sowie im Irak erreicht. Im Gegenteil drohen diese Länder auseinanderzubrechen, von Demokratie ist nichts zu sehen. Ebenso zeigt der Libanon-Krieg, dass der Kapitalismus und seine führenden PolitikerInnen und StrategInnen völlig unfähig sind, die angehäuften Probleme zu lösen. Stattdessen wächst der Berg von Kriegsverbrechen und Lügen. Mittlerweile haben der Kriegsverlauf und die wachsenden Spannungen in der israelischen Gesellschaft die Einschätzungen dieses CWI-Treffens bestätigt: Der Krieg bringt einen Rückschlag für die israelische Armee und legt die Grundlage für künftige größere Tragödien.

Das CWI baut auch in Israel eine sozialistische Alternative auf. Wir treten für das Recht auf Selbstverteidigung der libanesischen und palästinensischen Bevölkerung gegen Angriffe der israelischen Armee ein. Gleichzeitig ist es wichtig, in der Anti-Kriegs-Bewegung jene gefährlichen Ideen zurückzuweisen, Organisationen wie die Hizbollah im Libanon oder Hamas in Palästina könnten eine fortschrittliche Rolle im Kampf gegen den Imperialismus spielen. Das Selbstbestimmungsrecht gilt ebenso für die Bevölkerung Israels. Nur eine multiethnische ArbeiterInnen-Bewegung kann einen Ausweg aus dem Kreislauf von Unterdrückung, Krieg, Terror und Rassismus bieten. AktivistInnen unserer israelischen Schwesterorganisation berichteten von der gegenwärtig schwierigen Lage. Doch die Stimmung, so die Prognose, werde sich rasch ändern. Viele ArbeiterInnen in Israel sehen, dass die kapitalistische Regierung und die Armee keineswegs ihrem Schutz dienen. Auf dieser Grundlage kann eine Bewegung für ArbeiterInnen-Einheit gegen Krieg und Terror von unten geschaffen werden.

Das Chaos, welches die imperialistische Politik verursacht, hat auch unmittelbar Rückwirkungen auf die Schlagkraft des Imperialismus. Der militärische Apparat der USA ist durch die Lage im Irak eindeutig überlastet. Die Kosten von Krieg und Besatzung werden auch auf die ArbeiterInnenklasse in den USA abgewälzt. Schon jetzt türmen sich gewaltige Schuldenberge auf. Die Bush-Regierung hat zwar Steuersenkungen durchgeführt, jedoch profitiert nur die reiche Oberschicht davon. Auch in Europa wächst trotz eines begrenzten wirtschaftlichen Wachstums in vielen Ländern als Ergebnis der Kürzungspolitik und der sinkenden Lohnquote die Armut. Dies ist ein Vorgeschmack auf jenen sozialen Verfall, der mit dem Einsetzen von akuten Krisen und einer absoluten Schrumpfung der Wirtschaft hereinbrechen wird.

Globalisierung des Widerstands

Neben diesen Aussichten gibt es vielerorts jedoch Ansätze für eine echte Alternative und eine größere Offenheit für sozialistische Ideen. Die internationale Verstrickung von Erfolgen und Niederlagen durch Bewegungen zeigte sich an der Vorbildwirkung, die der Kampf gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für junge ArbeiterInnen in Frankreich (CPE) auf Jugend-Proteste in Chile und Griechenland hatte. Die französische Massenbewegung bewies, dass es mit entsprechender Entschlossenheit selbst bei einer bremsenden Gewerkschaftsführungen möglich ist, Regierungen zum Rückzug zu zwingen.

Entstehung neuer Parteien

Der neoliberale Kahlschlag macht Deutschland zum Armenhaus. Der Widerstand dagegen hat zum Aufbau der "Wahlalternative" WASG geführt (wir berichteten des Öfteren in dieser Zeitung). Mittlerweile führte ein Grundsatzstreit zu einem bedeutenden Riss in dieser Partei. Deshalb ist die Haltung der WASG-Berlin, gegen den neoliberalen SPD-PDS-Senat anzutreten, so wichtig. Dies tut sie gegen den Druck der bundesweiten WASG-Führung, die scheinbar nur ihre eigene Karriere im Rahmen einer fusionierten "Linkspartei" im Blick hat. Spitzenkandidatin der WASG-Berlin bei den Wahlen diesen September ist Lucy Redler, eine führende Aktivistin der deutschen CWI-Sektion SAV. Die Entwicklung der WASG-Berlin wird auch in anderen Ländern Folgen haben. In Belgien gehen nach einer Überlegung für eine neue politische Kraft durch drei ehemalige sozialdemokratische Funktionäre die medialen Wogen hoch. Das gesamte Establishment fürchtet die Entstehung einer "Neuen Arbeiter-Partei" im Herbst. Die belgische Schwesterpartei ist an der Organisation dieser Initiativen-Konferenz im Oktober maßgeblich beteiligt.

CWI aktiv in Lateinamerika

In Lateinamerika werden die Kämpfe gegen Neoliberalismus und Kapitalismus härter und zugespitzter als irgendwo sonst geführt. Massenbewegungen in Bolivien erzwangen einen ersten Schritt Richtung Verstaatlichung des Gas-Sektors. In Mexico gibt es Unruhen wegen Wahlbetrug und Venezuela ist schon seit längerem in den Augen des Imperialismus der Hort des Bösen. Doch während sich die dortige Chavez-Regierung als Gegengewicht zum Imperialismus präsentiert, nehmen Konflikte zwischen der Bürokratie und kämpferischen ArbeiterInnen zu. Anstatt auf Chavez zu vertrauen, ist der Aufbau einer unabhängigen sozialistischen Bewegung nötig. Auf der Sommerschulung berichtete ein Betriebsrat aus einem Krankenhaus vom erfolgreichen Aufbau der dortigen CWI-Gruppe. Weitere Sektionen gibt es in Brasilien und Chile.

Beeindruckend ist die Reihe von GemeinderätInnen und Abgeordneten, die das CWI aufgrund konsequenter sozialistischer Arbeit bisher errungen hat: in Australien, England & Wales, Deutschland, Republik Irland, Sri Lanka, Kasachstan, Schweden. Diese verdienen nicht mehr als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn.

> *"Die Massenproteste von Beschäftigten und Jugendlichen in vielen Ländern Europas im letzten halben Jahr zeigen, dass die neoliberale Tagesordnung der EU-Führer von der ArbeiterInnenklasse nicht hingenommen wird. In Irland hat der Streik der türkischen Arbeiter der GAMA-Baufirma im Jahr 2005 gezeigt, dass die ausländischen Kollegen gegen diese Ausbeutung kämpfen können und Unterstützung von der organisierten ArbeiterInnen-Bewegung bekommen."*
>
> Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter in Irland, Mitglied der Socialist Party (CWI-Irland)

> *"Unsere Kampagne gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen startete Ende 2005. In Huddersfield wurde sogar ein ganzes Spital geschlossen. Die SP positionierte sich klar gegen Einsparungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen. Sie setzte sich für die Organisation eines Streiks der Angestellten und einen Wiederaufbau des Gesundheitswesens unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten ein. Aufgrund dieser Kampagne erzielte die Liste bei den Wahlen im Mai 2006 eine Mehrheit von 870 Stimmen (ca. 36 %)."* (Jackie Grunsell, Gemeinderätin für die Kampagne "Safe Huddersfield National Health Service" und Mitglied der Socialist Party (Schwesterpartei der SLP in Britannien) in Yorkshire)

> *"Wir kandidieren als WASG-Berlin gegen alle Parteien, die zur Zeit im Abgeordnetenhaus vertreten sind, weil alle eine unsoziale Politik verfolgen. Wir sind die einzigen, die die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen im Abgeordnetenhaus artikulieren werden, die soziale Initiativen unterstützen und auch bei Kämpfen in den Betrieben, Schulen und Hochschulen aktiv dabei sein werden. Der Sozialistischen LinksPartei wünsche ich für ihren Wahlkampf in Wien alles Gute!"*
>
> Lucy Redler, Spitzenkandidatin der WASG-Berlin und SAV-Mitglied

VORWÄRTS
sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00
Preis: EUR 0,80
Nummer 159
September 2006

Außer Hetzparolen nichts dahinter

FPÖ = Rassismus & Sozialabbau

von Sonja Grusch und John Evers, SLP-Wien

Sie nennen sich soziale Heimatpartei. Sie plakatieren "Sozialstaat statt Zuwanderung". Sie behaupten damit: MigrantInnen sind schuld am Sozialabbau. Doch wer sind die wirklichen Sozialabbauer? Ein Blick auf die Homepage der FPÖ gibt Auskunft.

Sozialabbau in Blau

Die FPÖ tritt für "umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens" ein. Was heißt das? Deregulierung bedeutet in der Praxis den Abbau von ArbeitnehmerInnen- und Lehrlingsschutzbestimmungen. Johann Gudenus von der FPÖ meinte in einem Interview zum Beispiel, dass "Lehrlings-Schutz" in Österreich "zu straff" sei. Die "soziale Heimatpartei" steht für "echte Privatisierung", also den Verkauf öffentlicher Güter an Private. In der Praxis bedeutet Privatisierung Arbeitsplatzabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei den verbleibenden Jobs, teurere Leistungen für die KundInnen und Kürzungen bei den Kosten, konkret z.B. bei Sicherheit etc.

Hinter "faire Marktwirtschaft" und "Einsparungspotentiale im öffentlichen Bereich" verstecken sich die Angriffe der FPÖ auf die öffentlich Bediensteten, die pauschal als privilegiert diffamiert werden. Gemeint ist damit Stellenabbau, der Abbau von Kündigungsschutz und einem halbwegs sicherem Arbeitsplatz. Und: Wen treffen die gekürzten öffentlichen Dienstleistungen? Sicher nicht jene die sich privat alles leisten können. "Unternehmensverfassungen im Sinne betrieblicher Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebührt eine Aufwertung gegenüber zentralistisch-bürokratischen Kollektivvereinbarungen", fordert die FPÖ. Gemeint ist damit ein Ende der Kollektivverträge und ein hin zu Betriebsvereinbarungen und Einzelverträgen. Das bedeutet in der Praxis eine wesentliche Verschlechterung für Beschäftigte, die ohne Schutz des Kollektivvertrages viel stärker der Willkür der Unternehmerseite ausgesetzt sind. All das sind keine leeren Worte. Und erinnern wir uns, FPÖ an der Regierung bedeutete:

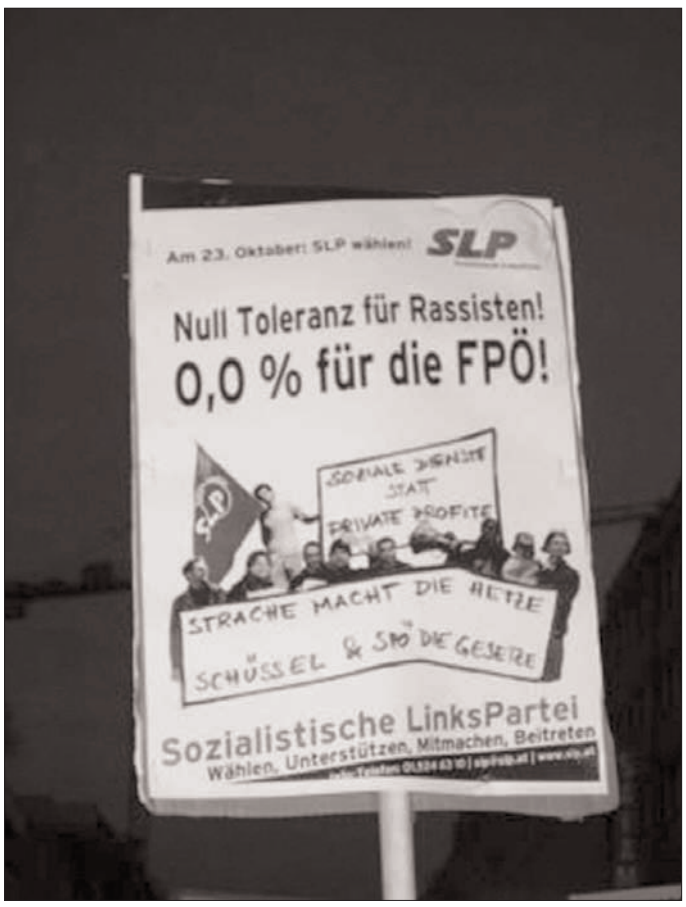
- Einführung der Studiengebühren
- Kürzungen im Gesundheitswesen
- Starke Einschnitte im Pensionssystem

Die SLP fordert demgegenüber:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche und Mindestlohn von 1.100,- netto
- Abschaffung der steuerschonenden Stiftungen und Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Eintreiben der Steuerschulden bei Unternehmen
- Ausbau des Sozialstaates
- Gleiche soziale und demokratische Rechte für In- und AusländerInnen

Warum gleiche Rechte für alle, die hier leben?

Wir lehnen die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts etc. prinzipiell ab. Rassismus ist aber nicht nur widerlich, er sorgt auch dafür, dass wir uns nicht gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren können. Gerade jene Gesetze, die "AusländerInnen" zu Illegalen machen, bedeuten, dass diese erpressbar sind und viel eher als LohndrückerInnen eingesetzt werden können. Gleiche Rechte sind die beste Voraussetzung für gemeinsamen Widerstand: Gegen Sozialabbau und rechte Hetzer.



Wer sagt "die Ausländer" sind schuld, dass kein Geld da ist, lügt:

- *Zwischen 1997 und 2005 sind die Gewinne doppelt so stark gestiegen wie die Löhne und Gehälter.*
- *Mit Jahresende 2005 waren die Unternehmen bei den Krankenkasse 925,9 Mio. Euro schuldig.*
- *Die 20 größten börsennotierten Konzerne zusammen kommen 2005 nach Schätzungen auf fast sechs Mrd. Euro Gewinn, knapp 30% davon werden als Dividende ausgeschüttet.*
- *Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am BIP ist in Österreich von 1,3% (1965) auf 0,6% (2003) gesunken. Im EU-Schnitt lag dieser Wert 2003 bei 2,1%.*
- *Rund 60 Milliarden Euro sind in den steuersparenden Stiftungen geparkt.*

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

▶ Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at